

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 85 (1993)
Heft: 4

Artikel: Wir dürfen nicht nur wie ein linker Gewerbeverband auftreten
Autor: Füglistaler, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-355442>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wir dürfen nicht nur wie ein linker Gewerbeverband auftreten

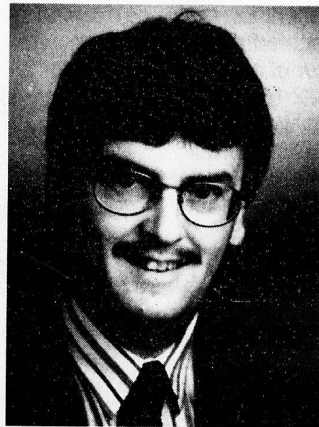
Den Sozialderegulieren von rechts soll offensiv eine linke Variante entgegengestellt werden. Deren Maximen: die Sozialversicherungen sollen geringe Verwaltungskosten zeitigen und sich auf die wirklich Bedürftigen ausrichten.

1. Angriff von Rechts: Weniger Vorschriften, mehr Gewinne.

Das Positive zu Beginn: Über den Sozialstaat in der Schweiz wird wieder diskutiert. Obwohl jährlich über 70 Milliarden Franken im Rahmen der sozialen Sicherung umverteilt werden, herrschte jahrelang Grabesstille. Die bürgerlichen Parteien stellten sich auf den Standpunkt, dass der Sozialstaat vollendet sei. Die linken Parteien übten und üben sich in der Verteidigung des Status quo. Dass nun der Angriff von Rechts erfolgte, ist unerfreulich, fordert aber wenigstens zum Denken auf.

Begonnen hat es mit der Diskussion um die Krankenversicherung. Mit einer «Entfesselung der Marktkräfte» hofft man, der Kostenexplosion Herr zu werden. Mittel dazu sind die freie Wahl der Krankenkasse, risikogerechte Prämien, Verbot von kartellistischen Absprachen oder höhere Kostenbeteiligung der Versicherten. Im Gespräch ist auch die Marktmiete, die über eine Abschaffung der Mieterschutzbestimmungen die Wohnungsnot beseitigen soll. Mit dem Vorschlag zu einer Beschränkung der Arbeitslosenversicherung auf eine Einheitsrente mischen neuerdings auch die Grossbanken in der Diskussion um die soziale Sicherheit mit. Verdächtig ruhig verhalten sich die Banken allerdings bei der Diskussion um eine Deregulierung der Beruflichen Altersvorsorge. Weitere Privatisierungsvorschläge, auf die ich im weiteren nicht eingehen werde, betreffen das Bildungswesen und die Stellenvermittlung für Arbeitslose. Vehementen Widerstand gegen mehr sozialen Schutz gibt es bei den Konsumkrediten, der Familienpolitik (v. a. Kinderzulagen) und der Ausländergesetzgebung (v. a. Saisonierstatut).

Gemeinsam ist den Vorschlägen, dass das Heil in marktwirtschaftlichen Lösun-



Von Dr. Peter Füglistaler,
Ökonom

gen gesucht wird. Getragen werden die Angriffe (Beispiel Arbeitslosenversicherung!) immer mehr von der Wirtschaft oder den Verbänden. Die bürgerlichen PolitikerInnen halten sich auffallend zurück. Mitspielen dürfte die Angst, dass sich die Deregulierungsdiskussion als Bumerang erweisen könnte. Mit einem Kartellverbot oder der Liberalisierung der Vergabe von öffentlichen Aufträgen könnten viele bürgerliche PolitikerInnen ihre WählerInnen ver-

graulen. Das Gebrüll von rechts ist deshalb laut, substantiell aber eher dünnbödige.

2. Offensiv dagegen halten

Mitschuld an der Privatisierungsdiskussion trägt auch die Linke. Wenn es nicht gelingt, mit 70 Milliarden Franken pro Jahr Armut zu verhindern, müssen wir uns selber an der Nase nehmen. Zu stark hat sich die Linke auf die Zementierung des Status quo konzentriert. Die Diskussion bestehender Sozialeinrichtungen war und ist praktisch tabu. Funktionieren die Krankenversicherung, der Wohnungsmarkt oder die Arbeitslosenversicherung einwandfrei? Und wie steht es mit dem sozialen Wert der 2. Säule? Armutsstudien wurden in Serie hergestellt, sozialpolitische Schlussfolgerungen aber kaum gezogen. Nicht alles am Bestehenden ist gut und optimal – und nicht alle Kritik der Bürgerlichen verfehlt.

3. Wege zu einer sozialen Schweiz

a) Krankenversicherung

Ob links oder rechts: Bei der Kritik am bestehenden Krankenversicherungsmodell ist man sich einig: 250 Kranken-

Nicht alle bürgerlichen Menüvorschläge seien so gemeint...

kassen, die nur als Zahlstellen für die Ärzteschaft dienen, ist die schlechteste aller Möglichkeiten. Das Resultat sind hohe Verwaltungskosten (832 Millionen Franken pro Jahr) und ungebremst steigende Prämienzahlungen. Die Privatisierer sehen das Heil in mehr Markt, wobei auch sie zugeben müssen, dass dies im (Kranken-)Versicherungsbereich nicht einfach ist. Wie die Zukunft einer Deregulierung aussieht, zeichnet sich schon heute ab. Es wird ein paar wenige Krankenkassen geben, die den Markt beherrschen. Damit sind die Voraussetzungen für einen funktionierenden Wettbewerb allerdings nicht gegeben. Die Marktlösung wird zwischen ruinösem Wettbewerb und kartellistischen Absprachen schwanken. Aufgrund der langjährigen Übung werden die Krankenkassen wohl den zweiten Weg oder zumindest kaum kontrollierbare Stillhalteabkommen wählen. Damit ist für den Versicherten wenig gewonnen. Ich sehe die Lösung in einer obligatorischen Grossrisikoversicherung, die von einer staatlichen Krankenkasse erbracht wird. 246 BundesparlamentarierInnen werden peinlichst darauf achten, dass diese Versicherung nicht allzu hohe Verwaltungskosten produziert. Mit der AHV hat der Staat bereits einmal den Beweis erbracht, dass er die soziale Sicherung effizient erbringen kann. Die ordnungspolitische Einteilung der Krankenkassen ist

Das Gebrüll von rechts ist deshalb laut, substantiell aber eher dünnbödiger.

allerdings nur ein Nebenschauplatz, solange die Anreizstrukturen auf eine Ausbeutung des Systems ausgerichtet sind. Man kommt nicht umhin, mit einer höheren Kostenbeteiligung den Versicherten vor sich selbst zu schützen. Nur wenn der Versicherte an den Kosten beteiligt wird, wählt er das billigste Angebot. Zu solchen Angeboten gehören Gesundheitszentren, welche ihre Leistungen in Form einer Gesundheitskasse (HMO) er-



Illustration: Walter Erb

bringen. Damit wird auch Druck auf die Ärzteschaft gemacht – einer trotz Unternehmergehalte überaus kartellistischen Berufsgruppe. Dass sich die Ärzte die Unvollkommenheiten des Systems zunutze machen, ist hingegen marktwirtschaftliche Logik.

b) Marktmiete

Nicht nur bürgerliche Kreise sehen in der Marktmiete einen Ansatz, um die Probleme auf dem Wohnungsmarkt zu entschärfen. Auch ich zähle mich dazu – allerdings nur wenn die Marktmiete sozialverträglich ist. Die Marktmiete ist ein gutes Beispiel, dass der Marktmechanismus nicht zwangsläufig asoziale Ergebnisse erbringen muss. Der Preismechanismus kann mit Lenkungsabgaben so gesteuert werden, dass das Ergebnis in der gewünschten Art ausfällt. Die heutige Kostenmiete schützt die langjährigen MieterInnen auf Kosten der NeumieterInnen. Durch die Schutzmechanismen werden MieterInnen geschützt, auch wenn der anfängliche Schutzbestand nicht mehr gegeben ist: Wer einmal eine billige Wohnung gefunden hat, wird sie nicht mehr aufgeben, auch wenn das Einkommen die 100 000er Marke weit hinter sich gelassen hat. Eine reine Marktmiete verteilt den Wohnraum nach finanzieller Leistungsfähigkeit, was

auch nicht gut ist: Doppelverdiener ohne Kinder belegen Familienwohnungen, weil sie mehr Geld für die Miete aufbringen können als eine Familie. Mit einer Lenkungsabgabe kann dies korrigiert werden. Wenn für jedes leerstehende Zimmer eine Abgabe von 200 Franken bezahlt werden muss, werden die Spiesse des Wettbewerbs angeglichen. Zudem stehen rund 2,5 Milliarden Franken zur Verfügung, um über eine gezielte Wohnhilfe (Subjektförderung) die nachteiligen Wirkungen der Marktmiete – die es ohne Zweifel gibt – zu korrigieren.

c) Arbeitslosenversicherung

Die Schweiz. Bankgesellschaft hat versucht, eine gute Idee (Einheitsrente für die Altersvorsorge) auf ein neues Gebiet (Arbeitslosenversicherung) zu übertragen. Sie hat dabei übersehen, dass es Patentrezepte in der sozialen Sicherung nicht gibt. Die Ursache ist eine falsche Problemanalyse. Das zentrale Problem der Arbeitslosenversicherung liegt nicht bei den passiven Arbeitsmarktmassnahmen (Zahlung von Arbeitslosengeldern). Als Zahlstelle hat sich die Arbeitslosenversicherung bewährt. Sie ist in der Lage, mit geringem Aufwand kurzfristige Arbeitslosigkeit finanziell abzusichern. Die finanziellen Probleme der Kasse beruhen darauf, dass die zuständigen Stel-

len das Problem der Arbeitslosigkeit nicht sehen wollten. Eine Einheitsrente löst dieses Problem nicht. Die eigentlichen Missstände liegen in den fehlenden Eingliederungsmassnahmen (aktive Arbeitsmarktpolitik). Dazu bringt der Vorschlag der SBG nichts Neues. Im Gegenteil: Wenn zur staatlichen Grundversicherung viele privatwirtschaftliche Hilfswerke treten, wird die Finanzierung von Eingliederungsmassnahmen ungleich schwieriger. Für koordinierte Schritte müssen mit jeder Versicherung Lösungen gesucht werden. Die Alternative wäre, dass jede Privatversicherung ihren Versicherten die Eingliederung garantiert. Doch davon habe ich nichts gelesen.

Trotzdem hat mich die (voreilige) Stellungnahme der Gewerkschaften enttäuscht. Den Vorschlag der SBG nur als Sozialabbau zu brandmarken, weist auf die fehlende eigene Kreativität hin. Deregulierung schafft Freiräume, die gefüllt werden dürfen. Schweden kennt zum Beispiel keine staatliche Arbeitslosenversicherung. Diese werden von den Gewerkschaften geführt. Die Folge sind Organisationsquoten von über 90 Prozent – traumhaft für Schweizer Verhältnisse.

Die Deregulierung stellt für den Sozialstaat eine Herausforderung dar, die von linker Seite genutzt werden kann.

In der neuesten «Sozialabbaurunde» hat der schwedische Staat die Krankenversicherung «privatisiert». Die neuen Träger sind die Gewerkschaften! Eine offensive Reaktion der Gewerkschaften auf den Vorschlag der SBG wäre deshalb gewesen, dass man sich die Sache überlegt und geprüft hätte, inwieweit sie selber die Arbeitslosenversicherung besser und effizienter erbringen könn-

ten. Dass man dann aufgrund einer eingehenden Prüfung zur selben negativen Haltung gekommen wäre, ist im Resultat dasselbe: Der Weg wäre ein anderer gewesen und der ist das Ziel.

d) Berufliche Vorsorge

Seltsam still ist es um die Deregulierung im Bereich der 2. Säule. Hier besteht eine unheilige Allianz zwischen Banken/Versicherungen, die sich 3 Millionen Zwangskunden nicht verschmerzen wollen, und den Gewerkschaften, die meinen, über 270 Milliarden Franken sozialen Kapitals gebieten zu können. Das Fazit dieses seltsamen Zusammenspiels sind Verwaltungskosten von 1,6 Milliarden Franken jährlich. Wo liegt denn der soziale Nutzen dieses Milliardenspiels? Man zwingt (gutverdienende) Leute zum Sparen, die es ohnehin tun würden. Sozial Benachteiligte (v. a. Frauen mit tiefen Einkommen oder in Teilzeitjobs), werden vom sozialen Schutz ausgeschlossen. Der Teuerungsausgleich auf den Renten stellt das System vor unlösbare Probleme. Als leidige Folge der 2. Säule können wegen den hohen Lohnabgaben Verbesserungen in anderen Bereichen der sozialen Sicherung (z. B. Schutz der Familie, Alleinerziehende) nicht realisiert werden. Wenn man etwas Neues will (wie zum Beispiel die überaus einfache und zweckmässige Einheitsrente für AltersrentnerInnen), muss man bereit sein, wenig Zweckmässiges aufzugeben.

4. Deregulierung als Chance

Die Deregulierung stellt für den Sozialstaat eine Herausforderung und Chance dar, die von linker Seite genutzt werden kann. Die Diskussion wird heute von den neoklassischen Trivialökonomien beherrscht, obwohl ihre geistigen Ur-Väter immer darauf hingewiesen haben, dass der Marktprozess nicht jeden Raub und Betrug rechtfertigt. Diese Kritik an der Marktwirtschaft wird heute kaum gehört. Rechte (wie linke) DogmatikerInnen müssen begreifen, dass unsere Wirtschaftsordnung ein Mischsystem ist: Sie vereinigt marktwirtschaftliche (z. B. Kon-

sumartikel), korporative (z. B. Kartelle), sozialistische (z. B. Sozialversicherungen) und kommunistische (z. B. unentgeltliche Grundausbildung) Elemente. Nicht das ideologie-reine Modell ist die höchste Weihe, sondern das Modell mit dem besten Zusammenspiel der einzelnen Ansätze.

Als Linke dürfen wir ruhig zugeben, dass das bestehende Sozialversicherungssystem nicht der Weisheit letzter Schluss

Sozialversicherungen auf geringe Verwaltungskosten und auf die wirklich Benachteiligten auszurichten, ist nicht asozial, sondern ein Gebot der Stunde.

ist. Die Kritik der Deregulierer ist teils berechtigt. Die Sozialversicherungen auf geringe Verwaltungskosten (effizient) und auf die wirklich Benachteiligten (effektiv) auszurichten, ist nicht asozial, sondern ein Gebot der Stunde. Solange grosse Lücken in der Grundsicherung (z. B. InvalidenrentnerInnen, Alleinerziehende) bestehen, führt eine Konzentration auf das Nötige zu einer Stärkung der sozialen Sicherung und bekämpft die Armut nachhaltig. Die Deregulierung schafft Freiräume, die offensiv genutzt werden sollen. Das umfasst sowohl Ersatzangebote (Beispiel Arbeitslosenversicherung) wie die Umlagerung der freien Mittel auf prioritäre Zwecke (Abbau 2. Säule zugunsten Einheitsrente AHV). Wenn wir zuversichtlich in die Deregulierungsdiskussion steigen, haben wir eine Chance. Wenn wir zu allen Veränderungen nein sagen, sind wir nichts anderes als ein linker Gewerbeverband.